

EnBW billigt Renners Amt bei der CDU

Schatzmeister Der Energiekonzern hat kein Problem mit Posten bei der Partei. Von **Andreas Müller**

Der Energiekonzern EnBW hat keine Bedenken gegen die Wahl seines Mitarbeiters Andreas Renner zum Schatzmeister der baden-württembergischen CDU. Der als Konzernvertreter in Berlin und Brüssel tätige Renner habe seine Kandidatur im Vorfeld mit dem Unternehmen abgestimmt, sagte ein Sprecher der Stuttgarter Zeitung. Man habe dies „aus Compliance-Sicht geprüft“. Bereits in der Vergangenheit hätten politische Ehrenämter des früheren Sozialministers und Oberbürgermeisters von Singen „noch nie zu einer Einschränkung seiner beruflichen Tätigkeit geführt“, hieß es. Compliance ist der Fachbegriff für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in Unternehmen. Grundsätzlich begrüße die EnBW „gesellschaftliches Engagement“ von Mitarbeitern, auch in der Politik; die Parteien hätten laut Verfassung einen besonderen Stellenwert. Man lege aber Wert darauf, dass dieses von der beruflichen Tätigkeit getrennt werde.



Andreas Renner ist nach einer Auszeit in die Parteipolitik zurückgekehrt.

Mit dem Aufsichtsrat war das Plakat für den CDU-Mann nicht abgestimmt, wie der Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) als Mitglied des Kontrollgremiums sagte. Das sei auch nicht nötig, Compliance-Fragen seien generell Sache des Vorstands. Zudem handle es sich bei Renner nicht um ein Vorstandsmitglied, sondern um einen „einfachen

Anzeige



Neue Impulse. Neue Perspektiven.
Denkstöße 2013



10. Oktober 2013
Klaus-J. Fink

Top-Selling – Die 4 Erfolgsfaktoren für mehr Umsatz

Eine professionelle Einstellung zum Verkaufen entwickeln, die Persönlichkeit optimieren, mit Herzblut verkaufen und sich im Markt auskennen – das sind die vier Erfolgsfaktoren des TopSelling. Bauen Sie Ihre verkäuferischen Fähigkeiten aus, um mit Persönlichkeit, Ausdauer und kommunikativer Professionalität zu verkaufen.

Komplettes Programm der Veranstaltungsreihe und Buchungsmöglichkeiten unter: denkstoesse.stuttgarter-zeitung.de

STUTTGARTER ZEITUNG
BESSER LESEN.

chen Mitarbeiter“. Schmid sieht auch kein Problem darin, dass Renner als Schatzmeister künftig um finanzielle Unterstützung dafür wirbt, dass die CDU die amtierende Regierung spätestens bei der Landtagswahl 2016 ablösen kann. „Die Frage ist, ob er der EnBW einen Gefallen tut, wenn er gegen Grün-Rot mobilisiert“, sagte er. Letztlich müsse die CDU wissen, „welche Personen sie in welche Funktion setzt“.

Renner selbst hatte Interessenkonflikte ausgeschlossen. „Die EnBW hat noch nie an Parteien gespendet“, sagte er. Als Landesunternehmen dürfe sie dies auch nicht. „Die EnBW spendet nicht an Parteien“, bestätigte der Unternehmenssprecher. Nach seinem Rücktritt als Sozialminister war Renner zu Zeiten des Vorstandschefs Utz Claassen zu dem Energiekonzern gewechselt. Dies hatte besonders deshalb Verwunderung ausgelöst, weil er Claassen zuvor als „Rambo“ hart attackiert hatte.

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf **SEITE 29**

Azubis hinter Gittern sind sehr zielstrebig

Ravensburg Das Land will junge Gefangene motivieren, die Schule abzuschließen und einen Beruf zu erlernen. Von **Renate Allgöwer**

Zwei Minister im Gefängnis, dieses außergewöhnliche Bild haben kürzlich der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch und sein Kabinettskollege Rainer Stichelberger (beide SPD) in der Justizvollzugsanstalt Ravensburg geboten. Nicht weil sie etwas verbrochen hätten, sondern weil sie auf einem weiteren Feld zeigen wollten, dass der deutsche Südwesten vorn ist.

Diesmal ist es die Bildung im Gefängnis. In Ravensburg geht es vor allem um das Erlernen eines Berufs. Die Gefangenen können Ausbildungen in den Bereichen Holz, Metall, Elektro und Kfz machen, auch Maler kann man werden. 497 Gefangene erlernen zurzeit in baden-württembergischen Haftanstalten einen Beruf. Für den Justizminister ist es keine Frage, „Bildung ist die beste Voraussetzung, ein Leben ohne Straftaten zu führen.“ Wer einen Beruf habe, sagt Stichelberger, übernehme eher soziale Verantwortung.

Dazu will die Justiz ihren Beitrag leisten. An jeden jungen Gefangenen richtet sich das Angebot, eine Ausbildung oder auch einen Schulabschluss nachzuholen, betont Stichelberger. Das führt dazu, dass ein Haftplatz für Jugendliche zwischen 120 und 150 Euro am Tag kostet, für Erwachsene kalkuliert das Justizministerium mit 100 Euro. Das Bildungsangebot richtet sich primär an die 20- bis 25-jährigen Gefangenen. „Die Erfahrung zeigt, dass viele junge Menschen in den Justizvollzugsanstalten nur einen niedrigen Bildungsstand mitbringen“, erklärt der Justizminister. Sie müssten erst an die Angebote herangeführt werden. Doch es gibt Erfolge: Im vergangenen Schuljahr legten 422 Inhaftierte einen Schul- oder Berufsabschluss ab.

Der Kultusminister ergänzt um die pädagogische Variante, auch im Gefängnis gelte, kein Heranwachsender dürfe verloren gehen. Mit Statistiken des Max-Planck-Instituts belegt Andreas Stoch, dass sich das Bemühen des Staates um seine verirrten jungen Bürger lohne. Wer bei der Haftentlassung keine Ausbildung und keinen Job hat, trägt der Statistik zufolge ein Rückfallrisiko von 90 Prozent. Wer nach



In der Justizvollzugsanstalt Ravensburg demonstriert ein Gefangener seine Fertigkeiten im Löten: Interessierte Beobachter sind Justizminister Rainer Stichelberger (Mitte) und Kultusminister Andreas Stoch (rechts, beide SPD). Foto: dpa

der Haft einen Berufsabschluss und eine Stelle vorweisen kann, hat demnach nur ein Rückfallrisiko von 33 Prozent. Mit Ausbildung, aber ohne Job liegt das Risiko jedoch bei 80 Prozent.

„Ich habe ja nicht vor rückfällig zu werden“, sagt der 23 Jahre alte Gefangene, der sich gemeinsam mit sechs weiteren Elektroniker-Lehrlingen im Löten übt. Drei Jahre muss er noch absitzen, dann hofft er den Abschluss in der Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik in der Tasche zu haben und recht schnell Arbeit zu finden.

So geht es allen in der sogenannten Lerninsel fürs erste Lehrjahr. Der 29 Jahre alte Groß- und Außenhandelskaufmann hat sich extra vor Freiburg nach Ravensburg verlegen lassen, weil er in Ravensburg die Lehre machen kann. Er hofft, dass er sich mit einem handwerklichen Beruf auf dem Arbeitsmarkt leichter tut als als vorbestrafter Kaufmann, und ist entschlossen, die Zeit im Gefängnis sinnvoll zu nutzen. Auch ein einstiger Rettungssanitäter, der sich in seinem alten Beruf nach der Haft ebenfalls keine Chancen mehr ausrechnet, denkt so.

Die Männer, die von sieben bis zehn vor zwölf und von 13 bis 15.15 Uhr in der Werkstatt der Justizvollzugsanstalt Ravensburg arbeiten, sind motivierter als andere Lehr-

JUSTIZVOLLZUG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Gefängnisse In Baden-Württemberg gibt es 17 Justizvollzugsanstalten mit 23 Außenstellen, außerdem zwei Jugendarrestanstalten, ein Justizvollzugskrankenhaus, eine Sozialtherapeutische An-

stalt mit einer Außenstelle sowie eine Justizvollzugsschule.

Gefangene Im Juli dieses Jahres saßen im Land knapp 7100 Gefangene ein. 582 von ihnen waren jünger als 20 Jahre.

Abschlüsse Im Schuljahr 2012/13 haben 184 Gefangene den Hauptschulabschluss erreicht, 22 den Realschulabschluss und acht die Fachhochschulreife. Eine Ausbildung absolvierten 208. *ral*

ling, lobt ihr Meister Bastian Bückler. Auch die Noten der Absolventen seien im Durchschnitt besser als die der Auszubildenden draußen. Der Meister hat auch eine Erklärung, außerdem zwei. „Hier gibt es wenig Ablenkung. Die Azubis haben mehr Zeit, sich mit der Materie zu beschäftigen.“ Auch zielstrebig seien die Schützlinge hinter den hohen Mauern. „Für viele von ihnen ist erstmals eine Perspektive in Sicht.“

Das erkennt nicht jeder junge Gefangene von sich aus. „Der ganze Vollzug ist gefordert, die Gefangenen zu motivieren“, erwartet Justizminister Stichelberger. Thomas Mönig, der Anstaltsleiter in Ravensburg, sieht es als Herausforderung an, jedem ein passendes Angebot zu machen. Scheitern und Rückschläge gehören auch dazu. „Am Ende ist es die eigene Verantwortung des Gefangenen, ob er das Angebot nutzt oder nicht“, konstatiert Mönig.

Der Staat hat neue Leitlinien für die Bildung im Vollzug verabschiedet. Diese sehen unter anderem vor, dass Gefangene mit

sprachlichen Defiziten besonders gefördert werden. Der Justiz- und der Kultusminister wollen, dass potenzielle Arbeitgeber in Zukunft besser über die schulische und berufliche Bildung im Strafvollzug informiert werden. Auch die Weiterbildung soll verbessert und stärker am Arbeitsmarkt ausgerichtet werden.

Sollten die Strafgefangenen ihre Ausbildung nicht im Gefängnis abschließen können, will die Regierung dafür sorgen, dass sie ihre Lehre nach der Haftentlassung nahtlos fortsetzen können. Dazu sucht der Strafvollzug gemeinsame Strategien mit den Handwerkskammern und den Wirtschaftsverbänden.

Zumindest das Handwerk hat sich schon in der Werkstatt der Justizvollzugsanstalt Ravensburg festgesetzt. Dort prangt ein Plakat aus der Werbekampagne der Handwerkskammern. Es besagt: „Bei uns zählt nicht, wo man herkommt, sondern wo man hinwill.“ Die Lehrlinge nehmen es als Versprechen.

Stoch: Einigung mit Privatschulen steht bevor

Bildungsfinanzierung Der Kultusminister beschwichtigt im erbitterten Streit um die weiteren Zuschüsse des Landes. Von **Renate Allgöwer**

Privatschulen sollen fair ausgestattet werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Das Land strebe an, mindestens 80 Prozent der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule zu übernehmen. Basis sei das sogenannte Bruttokostenmodell. Das hörten die Privatschulen gern, doch dann flogen die Fetzen. Das Land erwartete eine Beteiligung der Privatschulen. Schulen, die beamtete Lehrer einsetzen, sollen für deren Pensionen Rücklagen bilden. Als Kultusminister Andreas Stoch (SPD) ins Amt kam, standen die Gespräche vor dem Scheitern. Inzwischen stehe man nach schwierigen Verhandlungen kurz vor einer Einigung, erklären sowohl Stoch als auch Vertreter kirchlicher Schulen, die we-

gen eines hohen Beamtenanteils unter ihren Lehrern besonders betroffen sind.

Voraussichtlich vom Jahr 2014 an sollen die Träger für beamtete Lehrer 20 Prozent des Tarifgehalts als Versorgungsrücklage aufbringen. Allerdings gilt das nur für die Lehrer, die von diesem Zeitpunkt an eingestellt werden. Wenn die Abgaben geleistet werden, können die Privatschulen nach bereits erfolgten Zuschusserhöhungen 2014 mit weiteren 6,7 Millionen Euro rechnen. Stoch weist eine Kritik des Verbands deutscher Privatschulen zurück. Der Verband hatte befürchtet, die Gesamtzuschüsse seien an eine Einigung über die Abgabe gekoppelt. Auch die CDU/FDP-Opposition hatte der Regierung vorgeworfen, sie stelle die

Schulen unter dem Strich schlechter. Der Kultusminister betont, das Land sei auf gutem Weg, die Zuschüsse zu erhöhen.

Seit Januar 2012 erhielten die Privatschulen Stoch zufolge 7,5 Millionen Euro mehr, im Haushalt 2013 erneut 6,7 Millionen. Damit sei bereits ein Kostendeckungsgrad von 75,4 Prozent erreicht. In der Summe könnten die Privatschulen so vom Jahr 2015 an mit einer Erhöhung um 39,5 Millionen Euro rechnen, betont Stoch.

Von kirchlicher Seite verlautet vorsichtige Zustimmung. Der Bestandsschutz der Schulen sei gesichert, weil die aktuellen Beschäftigten ausgenommen worden seien. Allerdings sehen die Privatschulen durchaus noch weiteren Gesprächsbedarf. Sie hoffen auf ein neues Bruttokostenmodell. Ganztagsbetrieb und Inklusion seien bisher nicht in den Kostenberechnungen enthalten. Auch für Sozialarbeit bekämen Private keine Refinanzierung.

Verkehrstote

Ein Viertel war nicht angeschnallt

Seit Beginn des Jahres sind laut Innenministerium 312 Menschen bei Verkehrsunfällen in Baden-Württemberg zu Tode gekommen. Rund 25 Prozent davon waren nicht angeschnallt. Bei einer Schwerpunktkontrolle zwischen dem 9. und 15. September 2013 seien in Baden-Württemberg 6022 Gurtverstöße festgestellt worden, sagte Innenminister Reinhold Gall (SPD) am Freitag. Insgesamt 329 Kinder seien ohne Sicherung aufgefallen. „Diese Zahl erschreckt mich besonders, denn Kinder sind unser höchstes Gut. Eltern sollten deshalb alles dafür tun, um sämtliche Gefahren von ihnen abzuwehren“, betonte Gall. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge könne die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle durch einen angelegten Sicherheitsgurt um bis zu 50 Prozent verringert werden. *lsw*

Das allermeiste Geld fließt in den ländlichen Raum

Subventionen In Baden-Württemberg kommt der Abbau bei den Förderprogrammen nicht richtig voran. Von **Thomas Breining**

Der Abbau von Subventionen stockt. Baden-Württemberg will laut Plan 2013 mehr Geld für Hilfsprogramme ausgeben als in den Jahren zuvor. Knapp 390 Millionen Euro sind dafür veranschlagt. Im vergangenen Jahr hat man lediglich 345, im Jahr 2011 rund 383 Millionen Euro bereitgestellt. Das geht aus dem Subventionsbericht hervor, den die Landesregierung jetzt vorgelegt hat.

Dieser Bericht wird seit Jahrzehnten alle zwei Jahre unterbreitet und ist mindestens ebenso lange umstritten. Der darin zugrunde gelegte Subventionsbegriff gilt bei den Wirtschaftsverbänden und beim Bund der Steuerzahler als viel zu kurz gegriffen. Auch der Rechnungshof hat vor wenigen Wochen die Förderpolitik des Landes unter die Lupe genommen und war auf Hilfspgelder im Gesamtvolumen von 4,3 Milliarden

Euro gekommen – mehr als das Zehnfache dessen, worüber der Bericht Auskunft gibt.

Immerhin gewährt das Zahlenwerk Einblicke in das ihm eigene System. So kann man daraus ablesen, dass 2002 mit 831 Millionen Euro noch deutlich mehr ausgeschüttet worden ist als in der Gegenwart.

Eine gewisse Verschiebung hat sich auch bei den Förderprogrammen ergeben. So rangieren in der Hitliste der zehn teuersten Subventionen inzwischen neun Maßnahmen, die der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zugutekommen. Zuletzt waren das „nur“ acht. Nur noch das Wohnungswesen kann sich in der ansonsten agrarisch geprägten Förderkulisse behaupten. Dabei, so erläutert der Bericht, seien die Mittel für die Wohnraumförderung im Jahr 2012 wegen der Lage am Kreditmarkt gar nicht „vollständig in Anspruch

genommen“ worden. Im laufenden Jahr sei aber mit einem erhöhten Mittelabfluss zu rechnen, „für den auch die Ausgabenreste aus dem Jahr 2012 zur Verfügung stehen“. Geplant ist, dafür knapp 57 Millionen Euro auszuschiütten.

Das Spitzenprogramm ist seit Jahren unangefochten der Marktlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (Meka). Im laufenden Jahr sind 117 Millionen Euro für die „Einführung und Beibehaltung umweltschonender beziehungsweise extensiver Erzeugungspraktiken, den Schutz natürlicher Ressourcen und den Erhalt der Kulturlandschaft“ reserviert, wie es in der Meka-Verwaltungsvorschrift heißt.

Die zehn wichtigsten Subventionen machen allein 82,6 Prozent der gesamten Finanzhilfen des Landes aus. Davon wiederum fließen mehr als 80 Prozent in den Agrarbereich, sie werden jedenfalls vom Ressort von Minister Alexander Bonde (Grüne) verwaltet. Zweit-

größter Sponsor ist das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, dem Minister Nils Schmid (SPD) vorsteht. Verteilt Bonde in diesem Jahr dem Bericht zufolge rund 305 Millionen Euro, wirft Schmid planmäßig rund 66 Millionen Euro aus. Das Wohnungswesen ist hier wie beschrieben der Hauptbrocken. Daneben gibt es neun Millionen für Mittelstandsförderung. Mit 13 Millionen Euro, die für Filmförderprojekte und für die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg GmbH eingesetzt werden, ist das Wissenschaftsministerium eher ein kleinerer Fisch.

Rein freiwillige Leistungen des Landes sind nach dieser Lesart rund ein Viertel der Subventionen. Knapp neun Prozent gehen auf ein Landesgesetz zurück, fast zwei Drittel auf Vorschriften des Bundes oder der EU oder sind als komplementäre Eigenleistung notwendig, um Geld aus Berlin oder Brüssel ins Land zu lotsen.

Der Agrarminister verteilt in diesem Jahr rund 305 Millionen Euro an die Bauern.